

Blätter der Freien Grünen Liste Konstanz



Fritz Kuhn:

„Kohle und Atom- nein Danke! Energie muss grün werden“

Eigentlich kennt man ja all die Probleme um die drohende Klimakatastrophe oder man wird zumindest fast täglich damit konfrontiert. Trotzdem war es eindrucksvoll, konzentriert das gegenwärtige Dilemma erläutert und mögliche Auswege aus grüner Sicht dargestellt zu bekommen.

Was Fritz Kuhn in einer knappen Stunde darlegte, sei hier nur thesenartig aufgeführt:

- Wenn die CO²- Reduzierung um 50% nicht bis 2050 erfolgt, werden die Folgeschäden gigantisch sein (Kostenexplosion, Welt-ernährung, Unruhen, Migrationsbewegungen)
 - Es darf keine Halbheiten auf dem Gebiet der Energiewirtschaft geben. Neue Kohle-kraftwerke sind der falsche Weg, da damit für 40 Jahre wieder Sachzwänge für die Kohle entstünden, zumal die unterirdische CO²- Abscheidung keineswegs ge-sichert und eregieaufwändig ist. Atomenergie ist systematisch nicht beherrschbar, zudem durch Terrorismus stärker gefährdet, die Entsorgung weltweit ungelöst.
 - Die von den Energiekonzernen beschworene Energielücke beruht auf teilweise nicht nachvollziehbaren Prognosen; ein intelligentes Stromlastenmanagement wird angezweifelt; 2007 war die Bundesrepublik trotz zeitweise sieben abgeschal-teten Atomkraftwerken Stromexporteur.
 - Für die Grünen gelten als Energieprogramm die drei E;
 - Einsparungen als beste Energiequelle
 - Effizienzsteigerung
 - Neue Energien
- Dafür hat die rotgrüne Regierung wichtige Entscheidungen getroffen, die nicht in Frage gestellt werden dürfen:
- Atomausstieg
 - Energiesteuer
 - Erneuerbares Energiegesetz
- Mit modernen Techniken ist ein intelligentes Stromlastenmanagement möglich: die Stromnetze können besser verkoppelt, Lastspitzen gekappt und Überangebo-

te ausgeglichen werden (z.B. Elektrofahrzeuge nehmen Übermaß an off-shore-Windstrom ab)

- „Grüne Marktwirtschaft“ muss mit Ordnungspolitik einhergehen. Um ganz auf neue Energien setzen zu können, sind entsprechende gesetzgeberische Rahmenbedingungen nötig, z.B. Baugesetze mit Einsparpflichten, Geräte und Fahrzeuge mit Verbrauchsangabe usw.- kurz: Gesetze, die Innovationsschübe fördern.
- Lenkungsmaßnahmen im Verkehr sind unausweichlich. Die Bahnprivatisierung wird nicht zugunsten des ÖPNV und einer flächigen Versorgung ausfallen. Ein Tempolimit würde den Schadstoffausstoß um 8-9% senken.

Übrigens: Nur die Bundesrepublik Deutschland und Nepal haben weltweit kein Tempolimit, aber Nepal hat keine Autobahnen!

Manfred Heier

Das "schwarze Oberschwaben" machts vor!

Die Technischen Werke Schussental (TWS) haben sich gegen eine Beteiligung am Kohlekraftwerk in Brunsbüttel entschieden. Der Aufsichtsrat folgte einer entsprechenden Empfehlung der Geschäftsführung.

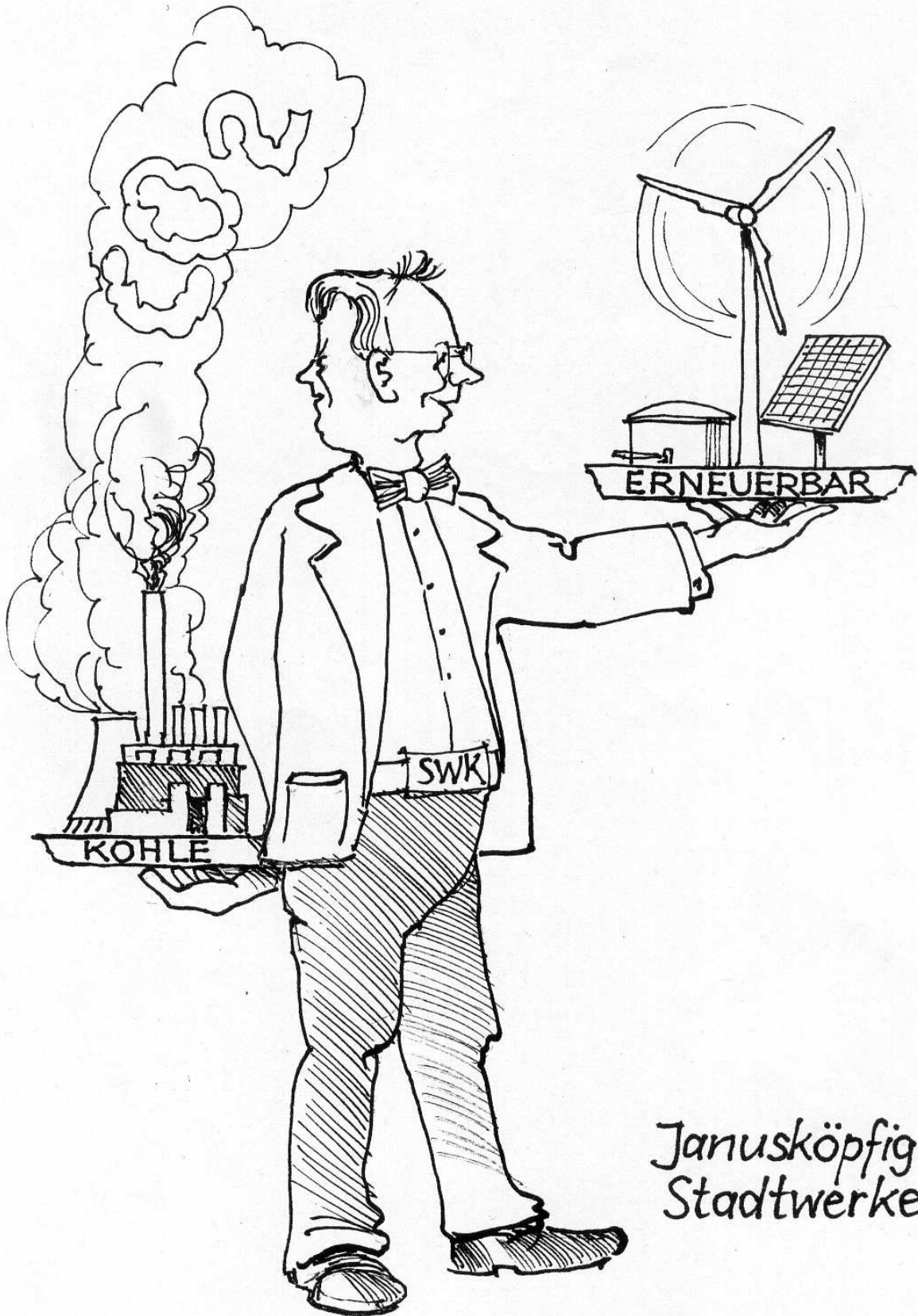
Es geht also auch anders. Zwar waren die TWS "nur" mit 1 MW an Brunsbüttel beteiligt (Stadtwerke Konstanz 8 MW) aber dennoch haben sie sich gegen eine Beteiligung am projektierten Kohlekraftwerk in Brunsbüttel entschieden. Augenscheinlich halten sie die Investition in erneuerbare Technologien für zukunftsfähiger.

Man muss schon sehr fest die Augen zumachen, um die Risiken, die Brunsbüttel birgt, nicht zu sehen: der Umweltaspekt, die Abhängigkeit von Kohle aus Ländern, die diese eigentlich selber benötigen und die teilweise unter menschenunwürdigen Zuständen gefördert wird, die Transportkosten und -wege für die Kohle, der noch nicht bekannte Preis für CO2-Zertifikate, die nach oben schnellenden Projektkosten, die langjährige Bindung ans Projekt, die Pflicht, sich finanziell an Modernisierungsmaßnahmen zu beteiligen, die Abnahmeverpflichtung für Strom, der zu marktüblichen Preisen mit guter Rendite für die Betreiber abgegeben wird, die zunehmende Zahl energieautarker Kunden, ja ganzer Dörfer...! Ich halte es für fahrlässig, sich nur auf ein Projekt zu stürzen und nicht nach rechts und links zu schauen und auch andere Möglichkeiten wenigstens zu prüfen und in Betracht zu ziehen.

Aus meiner Sicht wäre es sinnvoller, in viele kleine dezentrale Kraftwerke mit Kraft-Wärme- Kopplung (KWK) zu investieren, die dann wirklich uns gehören und Versorgungssicherheit (auch durch die Nähe) garantieren und wo die gesamte Wertschöpfung in der Region verbleibt. (Siehe Dänemark, wo die Regierung in Kopenhagen Biogasanlagen, Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmedämmung und Stromsparen schon früh förderte. Der Anteil des in KWK erzeugten Stroms an der gesamten Stromerzeugung beträgt in Dänemark rd. 50%, in Finnland und den Niederlanden rd. 40%, im Durchschnitt der EU 15 wie in Deutschland rund 10% und in Frankreich lediglich 3%.)

Ich würde mich freuen, wenn man erkennt, dass es auch andere Wege gibt, die Stromversorgung dauerhaft zu sichern. Vielleicht haben die TWS den entscheidenden Denkanstoß gegeben und das an einem Tag, an dem wir feiern, dass Konstanz seit 100 Jahren mit Strom versorgt wird.

Dorothee Jacobs- Krahen



Janusköpfige
Stadtwerke

Für mehr Verbindlichkeit - Gentechnikfreie Anbauregion ins Bodenseeleitbild!

Um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit aller Bodenseeanrainerländer möglichst auf gemeinsame Ziele auszurichten, wurde bereits 1994 ein internationales Bodenseeleitbild durch die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) verabschiedet. Gerade aus ökologischer Perspektive kam dieser gemeinsamen Willenserklärung große Bedeutung zu, hieß es doch gleich in der Präambel des Leitbildes, man setze sich zum Ziel, „eine intakte Umwelt in der Bodenseeregion zu erhalten und soweit erforderlich wieder herzustellen sowie raumbedeutsame Vorhaben auf ihre ökologische Verträglichkeit zu überprüfen“. Das klang vielversprechend und hat mit Sicherheit in manch einem Fall das Schlimmste verhindert... einige Mahnmale am Bodenseeufer zeigen jedoch die Ernsthaftigkeit dieser Worte deutlich.

Die Überarbeitung des Leitbildes erschien daher gerade aus Grüner Perspektive begrüßenswert: konkretere Ziele, deutlichere Selbstverpflichtung und eventuell sogar eine Kontrollinstitution könnten in diese überarbeitete Version einfließen! Für die Forderung nach einer gentechnikfreien Anbauregion oder dem Anstreben eines UNESCO-Weltkulturerbes ist dieses Leitbild aus unserer Sicht gerade der richtige Weg! Der von der IBK vorgelegte Entwurf hingegen fiel eher enttäuschend aus:

Die Rolle, die dem Bodenseeleitbild und der Internationalen Bodenseekonferenz in Zukunft zukommen soll, sieht nach den Worten des Entwurfs insbesondere eine „Kordinationsrolle“ vor, welche sich zur Aufgabe setzt, grenzbedingte „Hemmnisse“ abzubauen und das „Zugehörigkeitsgefühl zur Bodenseeregion“ zu stärken. Alles schön und gut, aber von Selbstbindung und –verpflichtung der Mitgliedsländer keine Spur, auch von der Einsetzung eines Kontrollgremiums, welches sich für die Einhaltung der vereinbarten Ziele verantwortlich zeigt, ist nichts zu finden...

Auch die aufgeführten Leitsätze, welche von Kultur über Verkehr und Umwelt jedes Thema streifen, beinhalten auch aus Grüner Sicht anstrebenswerte Ziele – doch es fehlt an verbindlichen konkreten Handlungsvorschlägen. Diese sind auch in der Stellungnahme des Gemeinderats zum Leitbildentwurf kaum zu finden: „Der Rahmen darf nicht zu eng werden!“, „Das Ganze kann ohnehin nicht verbindlich sein!“ oder „Wir dürfen den Schweizer Kommunen mit unseren Forderungen nicht zu nahe treten“ – mit diesen Kommentaren wurden jegliche konkrete Forderungen der Verwaltung und der Freien Grünen Liste hinweggefegt.

So erging es auch unserer Forderung nach der Einführung einer gentechnikfreien Zone: Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger lehnt den Einsatz gentechnisch veränderten Saatgutes ab. Eine gentechnikfreie Anbauregion rund um den Bodensee wäre daher aus unserer Sicht ein hervorragendes Markenzeichen für Produkte aus der Bodenseeregion! Garantiert gentechnikfrei! – Das ließe sich doch vermarkten! Die Gegenargumente der anderen Fraktionen können staunen lassen: „Wir brauchen Gentechnik, um den Hunger der Welt zu bekämpfen“ aus den Reihen der CDU sowie „Wir dürfen die Wissenschaft nicht beschränken“ von Seiten der SPD brachte das Ansinnen nach einer gentechnikfreien Bodenseeregion zu Fall – vorerst jedenfalls.

Dass gerade Gentech-Unternehmen wie Monsanto in zahlreichen Regionen dieser Erde eine Selbstversorgung mit Lebensmitteln zerstören und die wissenschaftliche Forschung keine Selbstversuche bei Lebensmitteln braucht, stößt oftmals auf taube Ohren. Aber wir arbeiten daran – und fordern auch weiterhin eine gentechnikfreie Anbauregion Bodensee!

Charlotte Biskup

„shared spaces“

Am Hauptbahnhof, diesem traurigen Entrée der Touristenstadt Konstanz, tut sich nichts trotz vieler Pläne und offizieller und nicht offizieller Äußerungen. So ließ auf einen Brief der Lokalredakteure des Südkurier die Kommunikationsabteilung der Deutsche-Bahn-Zentrale folgendes Hoffnungsvolle verlauten:

„Im Rahmen des Bahnhofsentwicklungsprogramms Baden-Württemberg wird die Grundmodernisierung des Bahnhofs Konstanz p r i o r i t ä r betrachtet.“ Nichts_Konkretes zu Zeitplänen und zur Finanzierung!

Die Stadt will nun ihrerseits einen neuen Anlauf zur Umgestaltung des Bahnhofsvorfeldes unternehmen. Sie will sich in ein von der EU gefördertes Forschungsprojekt „Alpine Shared Spaces“ einbringen und hofft dabei auf Interreg-Mittel aus Europa.

Im Rahmen der BUND-Jahreshauptversammlung informierte Herr Dr. Christoph Menzel vom städtischen Amt für Stadtplanung über dieses Vorhaben.

„Shared spaces“, übersetzbar etwa mit „gemeinsame Verkehrsräume“, basiert auf dem Prinzip sich selbst regelnden Verkehrs und gegenseitiger Rücksichtnahme. An die Stelle der Trennung der Verkehrsteilnehmer, der Spurenmarkierung und vieler Verkehrsschilder soll eine von allen benutzbare gemeinsame Verkehrsfläche eingerichtet werden. Das bietet sich vor allem in Zonen mit intensivem Fußgängerverkehr an. Bei einer „mäßigen Geschwindigkeit“ von ca. 25-30 km/h, die mit der Straßenverkehrsordnung (STVO) vereinbar ist, sollen solche Bereiche auch bei einer täglichen Belastung von 12-15.000 KFZ gut funktionieren. Die Aufenthaltsqualität, besonders der Straßenrandzonen kann deutlich erhöht werden.

Erste positive Erfahrungen konnten bisher vor allem in Holland (Drachten), Dänemark (Ejby) und England (Suffolk) gemacht werden. Aber auch in Nord-Deutschland gibt es entsprechende Pilotprojekte (Kevelaer, Bocholt, Bohmte).

In Konstanz bietet sich der Bahnhofplatz zwischen Marktstätte (oder auch Fischmarkt) und Bodanstraße für ein solches Vorhaben an.

Ja, das Verkehrsgutachten des Zürcher Büros von Prof. Klaus Zweibrücken sieht „shared spaces“ am Bahnhof sogar als eine der Voraussetzungen für funktionierende Verkehrsabläufe im Zusammenhang mit dem geplanten Konzert- und Kongresshaus auf Klein-Venedig an.

In gesamtstädtischer Verkehrsplanung sollten schnelle und langsame Bereiche aufeinander abgestimmt werden. Weitere „shared-spaces-Zonen“ sind etwa am Gottmannplatz, im Ortskern von Wollmatingen oder den Außenorten denkbar.

Bleibt zu hoffen, dass der gelassenere Umgang mit dem Thema „Geschwindigkeit“ und mehr rücksichtsvolles Miteinander im Verkehr sich auch bei uns langsam durchsetzen.

Manfred Heier

WIENER WÜRSTCHEN IN DER NIEDERBURG

Bis Ende der 80er Jahre sind viele Wurstliebhaber in die Niederburg zur Metzgerei Keck in der Inselgasse gepilgert und haben dort die besten Wiener Würstchen gekauft, die es je in Konstanz gab.

Doch diese Zeiten sind vorbei, in denen es noch viele Einzelhändler in diesem Stadtteil gab, Autodurchgangsverkehr in allen Gassen bestand, die Fußgänger noch beidseitig über die alte Rheinbrücke durch die Niederburg strömten. Heute liegt die Niederburg im „Schatten“ der Altstadt und hat sich zum bevorzugten Wohnquartier mutiert, mit vereinzelt Geschäften, mit Dienstleistungsgewerbe und mehreren Weinstuben, Gaststätten. Auch der Radweg Konzilstraße entleerte den ältesten Stadtteil – am Münsterplatz ist es ruhiger geworden.

Was ist zu tun, um diesen historischen Stadtteil aus dem Schattendasein herauszuführen?

Das Land Baden-Württemberg fördert im Rahmen des STÄDTEBAUFÖRDERUNGSPROGRAMMS 2008 die Niederburg mit 1,6 Mio Euro.

Die vorbereitenden Untersuchungen für die „Altstadt mit Niederburg“ (Freie Planungsgruppe 7, Stuttgart) hat der TUA am 11. März mit Begeisterung aufgenommen und zur Umsetzung empfohlen. Diese Planungen sind die Voraussetzungen, um in das Förderprogramm des Landes aufgenommen zu werden:

Fußgängerbrücke

Durch den Pulverturm führt eine reine Fußgängerüberführung über den Seerhein Richtung Sternenplatz. Der Pulverturm wäre dadurch belebt und das nördliche Seerheinufer mit der Niederburg attraktiv verbunden.

Rheinsteig

Desolate Autorennstrecke – die Planung zeigt einen Fußgängerholzsteg auf der Rheinseite. Die Radfahrer haben dann entlang des Rheinsteiges einen eigenen breiten Radweg.

Landgericht/AOK

Hier bietet sich eine Platzgestaltung vor dem Landgericht mit Freibereich und Fahrradparkanlage an. Zusätzlich wäre eine Tiefgarage vor allem für die Anwohner möglich.

Obere Hofhalde

Dort könnten endlich alle Autos verbannt werden – ein herrlicher mittelalterlicher Platz würde entstehen und die vom Münsterplatz entfernte Wasserschale/Brunnen hätte eine sinnvolle gestalterische Bleibe.

Autofreier Stephansplatz

Michael Dienst hat ja bereits 1999 mit Derek Ladewig einen Gingko vor die Turnhalle gepflanzt. Ein mickriger Anfang für eine autofreie Platzgestaltung.

Und wie wäre es mit einer Tiefgarage ?! – Na ja, da wird es wohl noch heftige Diskussionen geben.

Autofreie Zonen

Die gesamte Niederburg als eine autofreie Zone, der Fußgänger und Radfahrer wäre Königin. Hofhalde, Stephansplatz, Münzgasse, Zollernstraße, Fischmarkt müssten konsequenterweise folgen. Straßenbelag/Pflasterung sind Voraussetzungen um diesen mittelalterlichen Stadtteil besucherinteressant und besucherfreundlich zu gestalten. Der Münsterplatz wäre städtebaulich endlich integriert.

WIENER WÜRSTCHEN wird es wohl in der Niederburg nie mehr geben. Dafür aber eine städtebauliche Aufwertung als historisches Gegengewicht zur Verlagerung der Einkaufsstadt Richtung LAGO/Bodanstraße.

Peter Müller- Neff



Wirtschaftsförderers ungleiche Kinder

Protokoll der Jahreshauptversammlung der Freien Grünen Liste Konstanz vom 04. März 2008

Die diesjährige Hauptversammlung war in zwei Teile geteilt: Zuerst hielt Dr. Jürgen Klöckler, Leiter des Konstanzer Stadtarchivs, einen Vortrag über die Geschichte des Gebiets „Hörnle“ mit Erläuterungen zu möglichen Bebauungsvarianten (Peter Müller-Neff) und den ökologischen Rahmenbedingungen (Michael Dienst). Danach folgte die Jahreshauptversammlung mit Formalia und Diskussionen zu zwei eingebrachten Anträgen.

Nach der Begrüßung durch Karin Göttlich vom Vorstand der FGL begann Dr. Klöckler seinen äußerst informativen und unterhaltsamen Vortrag vor ca. 50 interessierten Zuhörern. Man erfuhr, dass der „Hornacker“ durch einen Gebietstausch mit dem Großherzogtum Baden in den Besitz der Stadt Konstanz kam und anfänglich eben als Acker an Bauern verpachtet wurde. 1862 erhielt der Turnverein einen Teil des Landes. Damals war das Baden offiziell zwar verboten, aber wildes Baden war sehr verbreitet. Seit 1915 gab es dann einen geregelten Badebetrieb am „Freibad Horn“, 1925 kamen betonierte Stege und fahrbare Toilettenhäuschen dazu. Da die „unzüchtige“ Kleidung und das gemeinsame Baden von Frauen und Männern den damaligen Stadtvätern ein Dorn im Auge war, wurde in einem Strandbadausschuss heftig über die Strandbadordnung debattiert. 1926 wurden Umkleidekabinen geschaffen, ein Hundeverbot erlassen und eine Rutsche gebaut. Die Nationalsozialisten förderten das Freibad als Möglichkeit der körperlichen Ertüchtigung durch Sport. Sie legten Böschungen und Wiesen an, schufen das Jakobsbad und das Kur- und Hallenbad und das Bodenseestadion. 1944 wurden alle Bäder geschlossen, aber schon 1945/46 von der französischen Besatzungsmacht wieder eröffnet. Zwischen 1955 und 60 wurde das Freibad Horn modernisiert,

Seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde also am „Hörnle“ gebadet und der Eintritt war immer frei! Mit diesem Fazit endete der Vortrag, der von Dr. Klöckler mit historischen Bildern anschaulich gestaltet war, mit großem Applaus.

Peter Müller-Neff stellte nicht weniger anschaulich die Bebauungsmöglichkeiten, mit denen spekuliert wird, am Erholungsgebiet Horn (nicht am Freibad) auf einer Karte dar:

- Auf den jetzigen Tennisplätzen (bis 2009) könnte ein Wellnesshotel mit 240 Betten, Gymnastik- und Massageräumen etc. entstehen. Das Gebiet ist städtisch.
- Die Christianiwiesen könnten mit gehobenen Ein- und Mehrfamilienhäusern bebaut werden. Sie gehören der Spitalstiftung.
- Die Schmiederklinik plant bei der Villa Douglas 24 Wohneinheiten zur Erholung von gestressten Managern. Es gibt aber noch keinen Bauantrag.
- Das Waldhaus Jakob soll um 60 Betten erweitert werden.
- An der Bodenseetherme plant die Stadt eine Seesauna mit Brücke in den See.

Michael Dienst wies auf die besondere Bedeutung des Gebiets Horn als wichtige Grünverbindung vom See über den Loretowald zum Hockgraben und Bodanrück hin. Es sind geschützte Biotope, Schonwald, Wald- und Strandbiotope. Einige Strandpflanzen kommen fast nur noch am Bodensee vor. Er unterstrich eindringlich die Wichtigkeit des Gebiets für die Ökologie.

In der nun folgenden Diskussion wurde nach der Position der Fraktion zur Bebauung des Gebiets gefragt. Werner Allweiss erklärte, dass die Ablehnung jeglicher Wohnbebauung und deshalb auch eines Wettbewerbs damit einstimmiger Konsens in der Fraktion ist. Strittig ist die Planung zu den Tennisplätzen.

Große Unterstützung und Beifall erhielt Peter Müller- Neffs Forderung der Renaturierung der Tennisplätze, die auch von den Umweltverbänden geteilt wird. Mit diesem deutlichen Publikumsvotum endete der erste Teil der Veranstaltung.

Nach einer kurzen Pause begrüßte Christoph Krüßmann vom Vorstand der FGL die verbliebenen 19 anwesenden Mitglieder und einen Gast. (Anwesenheitsliste kann im Büro eingesehen werden)

Auf Antrag von Hans Weinbacher (13 Stimmen für einen Beschlussantrag, 4 Stimmen für ein Meinungsbild, 2 Enthaltungen) wurde über die Bebauung der Tennisplätze am Horn abgestimmt. **Mit 17 Stimmen und 2 Enthaltungen wurde ohne Gegenstimme von den anwesenden Mitgliedern beschlossen, die Hotelbebauung am Horn abzulehnen.**

Sabine Seeliger und Günter Schäfer hatten im Voraus die Aufnahme einer Diskussion über die Verkehrssituation am Bodanplatz auf die Tagesordnung beantragt. Es wurde abgestimmt, wann das Thema in der JHV behandelt wird. Mit 13 Stimmen, 3 Enthaltungen und 3 Gegenstimmen wurde beschlossen, die Diskussion nach den Formalia am Ende der Veranstaltung zu behandeln.

Als Protokollantin wurde die Fraktionsassistentin Dagmar Krug bestimmt.

Punkt 4 der Tagesordnung, die Satzungsänderung wurde mit 18 Ja- Stimmen und einer Enthaltung ohne Gegenstimmen angenommen.

Es folgte der Bericht des Kassierers Peter Köhler. Die FGL hat demnach ein Vermögen von über 34.000 Euro, von denen 20.00 Euro auf einem Sparkonto ca.14.000 Euro auf einem Girokonto liegen. (Der Bericht mit den genauen Zahlen kann im Büro eingesehen werden) Gisela Kusche regte an, den Kassenbericht in der nächsten JHV als Tischvorlage auszuteilen.

Die Kassenprüferinnen Christiane Kreitmeier und Gisela Kusche hatten keine Beanstandungen am Kassenbericht. Ihrer Meinung nach sollte aber mehr Geld für Veranstaltungen etc. ausgegeben werden.

Die Entlastung des Kassierers und der Kassenprüferinnen erfolgte einstimmig. Auch die Wahl der zukünftigen KassenprüferInnen war einstimmig. Gisela Kusche und Peter Müller- Neff übernehmen das Amt in diesem Jahr.

Den Bericht des Vorstands hielt Karin Göttlich. Die wichtigsten Aktionen waren folgende :

- Zum Thema Klimawandel: 4-teilige Vortragsreihe „dem See tut's weh“, die in einer starken Podiumsdiskussion den Abschluss fand
- zum Thema Kohlekraftwerk: fraktionsunterstützende, intensive Recherchen
- zum Thema Austrasse: anhaltende Auseinandersetzung mit dem Spar- und Bauverein (SBK), zum Erhalt des Ensembles und des preiswerten Wohnraumes
- zum Thema Hilfe für Menschen in Not: Aktion Hilfe für Nino, einer Frau aus Georgien mit Teilamputation nach Unfall; Flohmarkt und Sammlung ermöglichten die Nachbesserungsoperation, sowie die maximale orthopädische Versorgung

Mit dem Erlös des diesjährigen Flohmarktes unterstützt der Vorstand die Gruppe „Schlaganfallhilfe“ Konstanz (Flohmarktartikel – Abholung Tel. 65561 Karin Göttlich).

Anne Mühlhäußer folgte mit dem Bericht der Fraktion. Sie stellte den Klimaschutz als zentrales Thema des letzten Jahres dar. Unter anderem wurden viele Anträge zur Entschleunigung des Verkehrs (Bussystem, Tempo 40 auf der Laube, kostenloser Bustag) gestellt. Ein weiterer wichtiger Punkt der Fraktion waren Klimaschutzmaßnahmen in bezug auf Gebäude wie z.B. die energetische Sanierung von Gebäuden,

die Energieeinsparung in städtischen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten und öffentlichen Gebäuden. Der Antrag der FGL, als Anreiz zur Energieeinsparung einen Teil der eingesparten Kosten den Einrichtungen selber zugute kommen zu lassen, wurde endlich von der Verwaltung aufgenommen. Im Sozialen Bereich legte die FGL ihren Schwerpunkt auf Ausbau und Förderung der Bildung in der Stadt Konstanz. So stimmte die FGL sämtlichen Schulausbaumaßnahmen selbstredend zu. Wichtig ist für die FGL auch die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien vor allem auch in bezug auf den Schulbesuch. Weiterhin für verbesserungswürdig hält die FGL die Betreuung von Kindern. Hier muss vorwiegend noch für unter 3- Jährige die Anzahl der Betreuungsmöglichkeiten vergrößert werden. An den Bericht schloss sich eine ausführliche Diskussion mit zum Teil recht gegensätzlichen Positionen an. Anne Mühlhäußer und Günter Beyer- Köhler stellten die Schwierigkeit dar bei unterschiedlichen Positionen innerhalb der Fraktion, zum Teil fehlender Unterstützung durch den Oberbürgermeister und Nichtbeachtung des Südkurier- auch zur JHV war trotz Einladung niemand von der Presse erschienen- wirkungsvolle Politik zu machen. Marco Walter, Sabine Seeliger und Günter Schäfer forderten mehr Nachhaken bei der Presse und der Verwaltung und keine Rücksicht auf andere Position des OB. Anne Mühlhäußer und Charlotte Biskup antworteten, dass stetige Konfrontation und Anklagen nicht ihrem Politikstil entspricht.

Da die Zeit schon sehr fortgeschritten war, wurde diese Diskussion zugunsten des Themas Verkehr am Bodanplatz beendet.

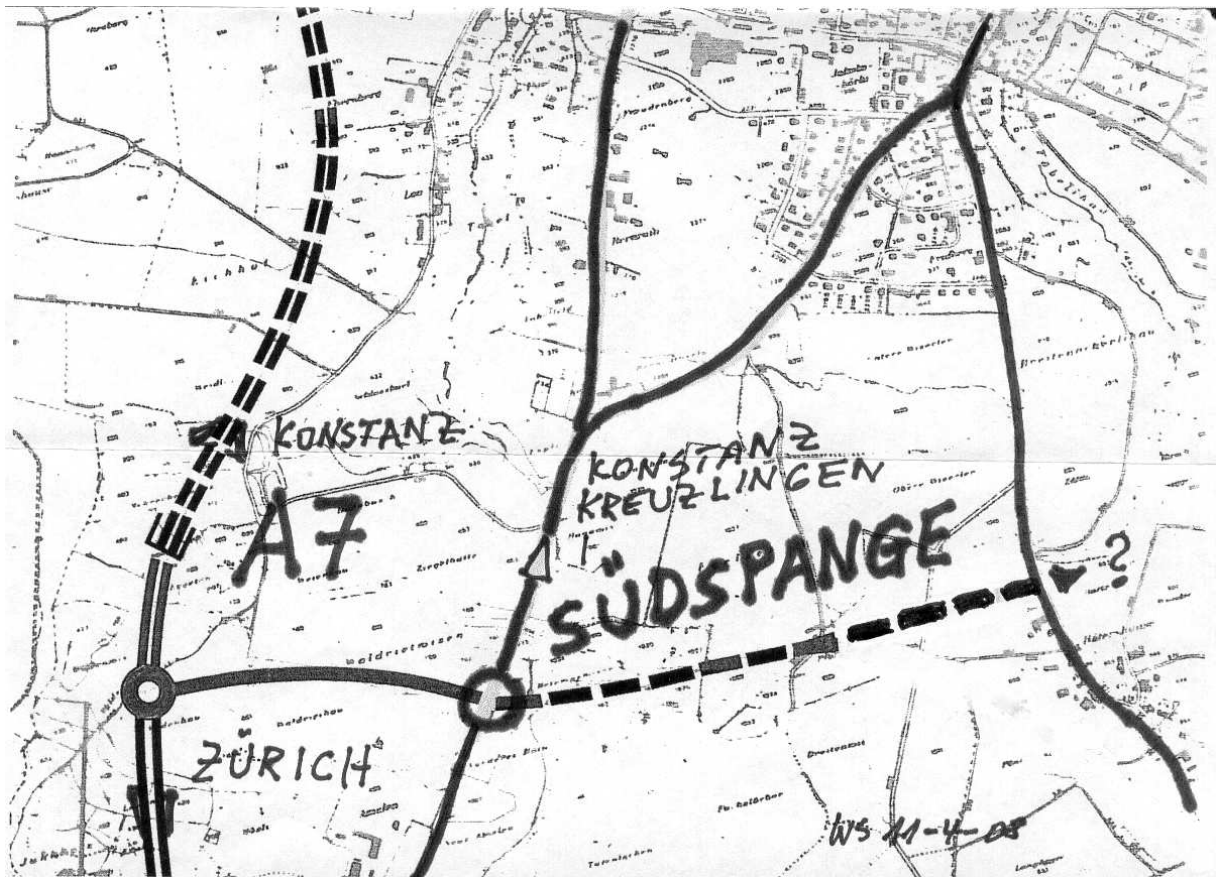
Zuerst wurde die Verkehrsuntersuchung Menzel zum Verkehr am Bahnhofplatz, Bodanstraße, Hafenstraße vorgestellt. Die Verwaltung hatte die Untersuchung lange unter Verschluss gehalten, weil sie offenbar mit den Ergebnissen nicht einverstanden war. 1 Woche lang hatte Herr Menzel den Verkehr am Knotenpunkt Bodanplatz mit Zählschleifen dokumentiert. Er kam zu dem Ergebnis, dass der Knotenpunkt normalerweise für den Verkehr gerade ausreicht, an Brückentagen aber durch den Lago-Verkehr überlastet ist. Die Folge davon sind Busverspätungen am Tag von bis zu 460 Minuten. Dadurch entsteht auch eine erhöhte Feinstaub- und Lärmbelastung.

Der Vorschlag von Sabine Seeliger war deshalb, dass die FGL Forderungen/ Anträge formulieren sollte, diese Situation zu ändern. In der nachfolgenden Diskussion kritisierten alle Anwesenden das Vorgehen der Verwaltung und waren sich einig, dass der ÖPNV auf keinen Fall behindert werden darf. Strittig war aber das weitere Vorgehen. Am Ende einigte man sich darauf, dass der Vorstand eine Veranstaltung mit Prof. Zweibrücken zur Verkehrssituation organisieren wird, **und mit 18 Ja- Stimmen und 1 Nein- Stimme wurde beschlossen, dass die FGL eine grundsätzliche Verbesserung des ÖPNV fordert.**

Dagmar Krug

Agglomerationsprogramm Konstanz-Kreuzlingen statt Südspange

An der Jahresversammlung des Vereins "Komitee zum Schutz des Seerückens" wurde über die erstaunlichen Erfolge mit dem Bahn- und Busverkehr im Thurgau informiert. Diese sind eine wichtige Vorleistung für das Agglomerationsprogramm Konstanz-Kreuzlingen. Dieses soll für attraktivere Siedlungen mit weniger Folgeschäden für Mensch und Umwelt durch den motorisierten Verkehr sorgen. Leider wird in Kreuzlingen immer noch umgekehrt geplant. Zuerst die Straßenlücke "Südspange" (1. Etappe der Südumfahrung) schließen und dann die Planungslücke.



An der Jahresversammlung des Vereins „Komitee zum Schutz des Seerückens“ informierte Werner Müller, der Leiter des kantonalen Amtes für öffentlichen Verkehr, über eine ermutigende Entwicklung des Bahn- und Busverkehrs. Die „Bahn 2000“ mit Taktfahrplan und mehr Regional- und Schnellzügen ist nicht nur in den städtischen Agglomerationen ein Erfolgsmodell sondern auch in ländlichen Regionen. In diesem Jahr sind im Thurgau fast eineinhalb Mal so viele Fahrgäste mit der Bahn oder dem Bus gefahren als 10 Jahre vorher. Dank dem Projekt „bambus“ beförderten die Kreuzlinger Regionalbusse in diesem Jahr schon dreimal so viele Fahrgäste als noch vor drei Jahren. Beim Stadtbus sind es sogar viermal mehr. Gleichzeitig stagnierte der Autoverkehr auf den meisten Kreuzlinger Strassen, nachdem er jahrzehntelang ebenso zugenommen hatte wie heute der Bahn- und Busverkehr.

Das Projekt „bambus“ war eine wichtige Vorleistung für das Agglomerationsprogramm Konstanz-Kreuzlingen. Darüber informierten Werner Müller mit Walter Abegglen, Gemeinderat Kreuzlingen. Beide sind Mitglieder der Kommission für dieses Programm, welches der Bund bis zur Hälfte der Investitionskosten subventionieren könnte. Damit sollen erstens Siedlungsformen mit weniger Mobilität gefördert werden. Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeitaktivitäten sind wieder am gleichen Ort zu ermöglichen. Zweitens ist ein größerer Teil der Autofahrten auf Bahnen, Busse, Füße und Velos zu verlagern. Drittens sind alte Strassen zu sanieren und erst zuletzt wären neue Strassen zu prüfen. Das Agglomerationsprogramm hat bestehende Strassen zu entlasten und die Folgeschäden des Straßenverkehrs für Mensch und Umwelt zu mindern. Gleichzeitig kann damit die Zersiedlung gebremst, der Land- und Energieverbrauch gesenkt und die Standortqualität ebenso wie die Gesundheit verbessert werden.

Leider wurde bisher mit der „Südspange“ in Kreuzlingen immer noch umgekehrt geplant: Zuerst die „Straßenlücke“ schließen und erst dann die „Planungslücke“. Früher wurde dieses umstrittene Straßenstück ehrlicher bezeichnet als erste Etappe der

Kreuzlinger Südumfahrung oder der Autostrasse T13 über den Seerücken. Die „Südspange“ hatte das Kreuzlinger Stimmvolk allein im Jahr 2001 mit einem Zufallsmehr befürwortet auf Grund einer Botschaft, in der ein großer Bundesbeitrag versprochen wurde. Der Bund hatte diesen Beitrag aber schon vorher verweigert. Das Bundesgericht entschied im Jahr 2003 erneut gegen die „Südspange“ auf Grund von rechtlichen Vorgaben, denen das ganze Schweizer Volk zugestimmt hat. Das Thurgauer Stimmvolk doppelte im Jahr 2005 nach und stimmte ebenfalls gegen die Kreuzlinger Südumfahrung. Sollen die Schweizer und Thurgauer Volksrechte in Kreuzlingen mit der „Südspange“ übergangen werden auch wenn die Volksrechte heute überall in der Politik ein dominierendes Thema sind? Wäre dem Vertrauen in die Kreuzlinger Politik nicht besser gedient durch ein mit mehr Öffentlichkeit geplantes Agglomerationsprogramm?

Komitee zum Schutz des Seerückens
Wolfgang Schreier

Die Konsequenz in der Inkonsequenz

Unverständlich und inkonsequent sei das Abstimmungsverhalten eines Teils der FGL-Fraktion gewesen, schrieb Hans Weinbacher im letzten Subkurier. Die Abstimmung betraf das Neubaugebiet Egg. Ich oute mich hiermit als einer jener Inkonsequenten: Ich stimmte in der Dezembersitzung des Gemeinderats tatsächlich für die Verdichtung.

Dass Wohnraum gerade für Familien bei uns in Konstanz fehlt, ist hinlänglich bekannt. Vor allem preiswerter Wohnraum ist Mangelware. Das betrifft nicht nur Mietwohnungen, sondern auch Eigentumswohnungen. Die Folge ist, dass manche lieber lange Arbeitswege in Kauf nehmen und sich dafür ein eigenes Häusle in Hoppetenzell oder Zizenhausen leisten. Sinnvoll ist das aus ökologischer Sicht freilich nicht, es leistet der Zersiedelung und der Versiegelung der Landschaft Vorschub. Wer nun eine weitere Entzerrung des Neubaugebiets in Egg fordert, macht damit das Einzelgrundstück, das dann größer ist, natürlich automatisch teurer und wieder ein Stück weit für sehr viele unerschwinglicher. Wollen wir das?

Was die Wohnqualität betrifft: Niemand ist gezwungen, in dieses Neubaugebiet zu ziehen. Wer dort hin zieht, weiß, worauf er sich einlässt. Ich teile auch nicht die Auffassung, dass dichtere Bebauung automatisch weniger Wohnqualität mit sich bringt. In Oberdorf beispielsweise stehen die Häuser des Neubaugebiets (das so neu gar nicht mehr ist) auch eng beieinander und dort wohnt es sich gewiss nicht schlecht. Im Falle der Egger Planung glaube ich auch nicht, dass die Wohnqualität der dort schon Wohnenden durch das Neubaugebiet wesentlich gemindert wird.

Allerdings: So ganz sicher ist es nicht, ob Konstanz langfristig den Wohnbedarf hat, wie es bislang die Lehrmeinung der Verwaltung ist. Und an Potential für neuen Wohnraum mangelt es ja nicht: Schmidtenbühl in Dettingen, Zergle in Wollmatingen und das Areal rund um den Bahnhof Petershausen. Von daher hätte man dieses Neubaugebiet in Egg auch ganz ablehnen können. Nur: Wenn schon gebaut wird, dann bitte so, dass mit der Fläche möglichst sparsam umgegangen wird. Das halte ich aus ökologischer Sicht für konsequent.

Roland Wallisch

Wofür die Deutsche Bahn AG Geld hat!

Am 19. April ist im Hauptbahnhof Taufe eines ICE 3 auf den Namen „Konstanz“. So ganz wohl scheint es der Bahn dabei nicht zu sein. Denn es ist eher ein Treffen der Lokalprominenz (Stadträte, Landtagsabgeordnete und der Bundestagsabgeordnete) mit einigen Bahnoberern. In der Presse wird das Ereignis nur vage angekündigt und so bleibt man eigentlich unter sich. Denn Konstanz wird wohl so bald keinen ICE auf seinen Bahnhöfen sehen. Und so kann der OB auch nur sein Füllhorn aus Wünschen ausschütten vor Herrn Klingberger und den anderen Herren von der Bahn, umgeben von Trachtenkindern und Buchsbäumchen.

Abgesehen vom traurigen Gesamteindruck, den der Hauptbahnhof bietet, wird bekanntlich auch hier heftig am Personal gespart. An den Bahnsteigen ist so gut wie nie ein Bahner zu sehen, Schlangen an den Schaltern sind die Regel.

Aber nun zur Zugtaufe sind sie da:

Ein uniformierter Bundespolizist und etliche junge hochgewachsene Herren in zivilem Schwarzweiß, offenbar „Bahngorillas“. Diese stürzen sich gleich auf die paar Demonstranten von Grünen und FGL, als diese ihre Protestplakate entrollen! So etwas stört die Harmonie, die aber muss mit Personalaufwand gesichert werden. Und so wird sogleich mit Aufnahme der Personalien und Hausfriedensbruch gedroht.

Seltsam, wofür die Bahn Geld hat!

Manfred Heier



Quelle: Schutzbach



Termine

07.Mai 2008, 20.00 Uhr Der „Grüne Tisch“ trifft sich gemeinsam mit den Bündnis 90/ Grünen zur politischen Diskussion und zum gemütlichen Hock, Restaurant „Seekuh“, Konzilstr. 1, Konstanz

27.Mai 2008, 19.30 Uhr Die Grünen aus Kreuzlingen und Konstanz treffen sich zum politischen Meinungsaustausch, Hafenrestaurant, Kreuzlingen

Freie Grüne Liste, Untere Laube 24, 78462 Konstanz

Tel.: 07531-900-790, Fax: 900-794

e-mail: gruene-liste@stadt.konstanz.de

<http://www.fgl-konstanz.de>

Bankverbindung: Sparkasse Bodensee, BLZ 69050001, Konto Nummer 75598

V.i.S.d.P.: Manfred Heier

MITGLIEDSANTRAG

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft bei der **Freien Grünen Liste Konstanz**.
Meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag von (bitte ankreuzen)

- 1 Euro.....(Wenig, ich habe z.Zt. kein großes Einkommen, Betrag freigestellt)
- 2
- 3 Euro 30.-.....(Regelbeitrag)
- 4
- 5 Euro 40.-.....(Förderbeitrag)
- 6
- 7 Euro.....(Ich möchte mehr bezahlen)

überweise ich (Bankverbindung: Sparkasse Bodensee, BLZ 69050001, Konto Nr. 75598) oder erteile eine Einzugsermächtigung.

Name.....Vorname.....

Adresse.....

Tel.Nr.....E-Mail.....

Ort, Datum

Unterschrift

.....

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die **Freie Grüne Liste Konstanz** zum jährlichen Einzug von
Euro.....von meinem Konto Nr.....bei der
Bank.....BLZ.....
per Lastschriftverfahren.

Datum.....Unterschrift.....